

Eva-Maria Kern (Hrsg.)

**„An der Spitze des  
Fortschritts marschieren“**

50 Jahre Universität der Bundeswehr  
München

*Festschrift zum  
50. Gründungsjubiläum der  
Universität der Bundeswehr  
München*



Projektkoordination und Redaktion:

Stephanie Borghoff, Dr. Ulrike Haerendel, Dr. Felix de Taillez

Für weitere Mitwirkung und Unterstützung danken wir Herrn OTL Eduard Eberl (Stab Studierendenbereich) und Herrn Günter Deibel (Archiv) sowie Michael Brauns, Dr. Alexander Florian, Dr. Nora Knötig, Christian Siebold, Stefanie Syben, Prof. Karl-Heinz Thiemann und den Dekanen aller Fakultäten; Leiter des Sportzentrums Rudi Hoffmann; Militärdekan Jochen Bernhardt und Militärpfarrer Dr. Sylwester Walocha; Ltd. Bibliotheksdirektorin Dr. Maria Mann-Kallenborn

Dieses Buch erscheint anlässlich des Festakts  
„50 Jahre Universität der Bundeswehr München“  
am 11.10.2023 in der Allerheiligen-Hofkirche der Residenz München.

Titel unter Verwendung eines Zitats von Helmut Schmidt  
im Gespräch mit Gerhard Löwenthal, ZDF-Magazin vom 20.01.1971.  
Covergestaltung: utzverlag GmbH unter Verwendung von Fotografien  
von Stephan Ink und aus dem Archiv; © UniBw M

Eine Veröffentlichung der Universität der Bundeswehr München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Copyright © Universität der Bundeswehr München · 2023

ISBN 978-3-8316-5015-6 (gebundenes Buch)

ISBN 978-3-8316-7760-3 (E-Book)

Printed in EU

utzverlag GmbH, München

089-277791-00 · [www.utzverlag.de](http://www.utzverlag.de)

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeberin	9
Geleitwort des Bundesministers der Verteidigung	13
Geleitwort des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft und Kunst	17
Geleitwort des Vorsitzenden von Universität Bayern e.V.	19
Geleitwort des Ersten Bürgermeisters der Gemeinde Neubiberg	21

## Teil I: Die Universität in fünf Jahrzehnten

23

### 1973–1983:

Christiane Reuter-Boysen: Eine neue Hochschule entsteht. Hemmnisse und Unterstützung	25
Ein Student erinnert sich: „Die Professoren kannten jeden von uns mit Namen“ (Norbert Fischer)	41

### 1983–1993:

Jürgen von Kruedener: ... wie jede andere deutsche Universität. Anerkennung und Konsolidierung in Bayern und im Bund	43
Studenten erinnern sich: „Die politische Entwicklung hatte wenig Einfluss auf das Studentenleben“ (Frank Fiegert, Christian Krüger, Thomas Listl, Andrej Nowakowski)	57

### 1993–2003:

Hans Georg Löbl: Die Universität nach der Wiedervereinigung. Bewährung und Neukonstituierung	59
Ein Student erinnert sich: „Am Wochenende waren plötzlich alle weg“ (Oumar Traoré)	73

### 2003–2013:

Merith Niehuss: Die Universität im Aufbruch. Reformwünsche und Reformzwänge	75
Eine Studentin erinnert sich: „Besonders wertvoll war der Austausch in der Hausgemeinschaft“ (Miriam Diercks)	99

2013–2023:

Eva-Maria Kern: Die Universität auf festem Fundament. Sicher und nachhaltig in die Zukunft	101
Ein Student erinnert sich: „Ich will aktiv für unsere Werte eintreten“ (Sven Baring)	117

## Teil II: Die Fakultäten im Wandel der Zeit

119

Die Fakultät für Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften	121
Die Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik	127
Die Fakultät für Humanwissenschaften	133
Die Fakultät für Informatik	139
Die Fakultät für Luft- und Raumfahrttechnik	143
Die Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften	149
Die Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften	153
Die Fakultät für Betriebswirtschaft	159
Die Fakultät für Elektrotechnik und Technische Informatik	163
Die Fakultät für Maschinenbau	165

## Teil III: Der Studierendenbereich im Wandel der Zeit

169

Die militärische Heimat der Studierenden	171
Weitere Dienststellen und Einrichtungen auf dem Campus	179

## Teil IV: Die Campusuniversität: Zahlen und Fakten

183

Die Zentrale Verwaltung als Dienstleister der Wissenschaft (Siegfried Rapp)	185
Chronik der Universitätsgeschichte	188
Das Leitungspersonal in 50 Jahren	190
Wie hat sich die Universität entwickelt? Statistisches	195
Abbildungsverzeichnis	199

## Christiane Reuter-Boysen

### ***Eine neue Hochschule entsteht Hemmnisse und Unterstützung***



Abb. 6 Das erste Logo der neu gegründeten Hochschule der Bundeswehr München

#### *Rahmenbedingungen*

In einer Atmosphäre allgemeiner Aufbruchstimmung im Hochschulbereich der Bundesrepublik der späten 60er Jahre, die in den 70er Jahren in eine wahre Bildungseuphorie mündete, wurden die beiden Hochschulen der Bundeswehr in München und Hamburg aus der Taufe gehoben. (9)

Während die bundesdeutsche Bildungslandschaft bereits in Bewegung geraten war und Studenten und Assisten-

ten darangingen, den „Muff“ aus ihren in den Traditionen des vorigen Jahrhunderts verhafteten Bildungsanstalten zu entfernen, und über Neuorientierung und Umstrukturierung, neue Studieninhalte und Selbstverwaltungsmechanismen nachdachten, plante man auch in den Streitkräften eine grundlegende Reform von Bildung und Ausbildung der Offiziere. (18)

Hauptantriebskraft war dabei der starke Schwund an länger dienenden Zeitsoldaten in den Streitkräften. Auch wenn sich zunächst vordergründig das Erklärungsmuster aufdrängt, dass in Zeiten ansteigender Konjunktur automatisch die Zahl der Bewerber in die Armee zurückgeht, weil die Berufschancen in der freien Wirtschaft besser sind, so ergeben sich jedoch bei näherer Betrachtung sehr viel komplexere Zusammenhänge. Vor allem war im Verlauf der 60er Jahre die Kluft zwischen der nach alter militärischer Tradition hierarchisch strukturierten Bundeswehr und der Ge-

sellschaft, die angesichts des enormen Wertewandels in der Folge von Nationalsozialismus und Krieg in nahezu allen Bereichen, vor allem in Staat und Universitäten, nach Reformen rief, merklich gewachsen. Aber nicht nur die Last der jüngsten Vergangenheit, auch neuere innenpolitische Entwicklungen wie die Rezession der Jahre 1966/67 und außenpolitische Niederlagen wie das Scheitern der USA in Vietnam und die Niedererschlagung des „Prager Frühlings“ durch die Staaten des Warschauer Paktes, vor allem aber ein merklicher Umbruch in der Bildungslandschaft der Bundesrepublik (15) hatten zur Folge, dass sich immer weniger Anwärter für die Laufbahn des Offiziers auf Zeit bzw. des Berufsoffiziers in der Bundeswehr entschieden und die Zahl der Kriegsdienstverweigerer zunahm. (14f.) Mit der zunehmenden Bedeutung der Kernenergie und dem Anwachsen der Atomwaffenarsenale beiderseits des Eisernen Vorhangs wurden auch die Stimmen lauter, die pazifistische und anti-militärische Positionen vertraten. Damit verstärkte sich der „ideologische Graben“ (Karl Jaspers), der bereits bei der Diskussion um die Wiederbewaffnung zutage getreten war. (18)

90 Prozent aller männlichen Abiturienten wollten studieren. Sie waren allenfalls bereit, ihren obligatorischen Grundwehrdienst zu leisten, nicht aber willens, sich längerfristig einer Institution zu verpflichten, deren isoliertes Dasein sie abschreckte und deren Ertrag an Ausbildung sie nach Ableistung der Dienstzeit für keinen der zeitgemäßen zivilen Berufe qualifizierte. Insbesondere im Heer, wo die Offiziersausbildung im Gegensatz zur Marine, Luftwaffe und den technischen Gattungen des Heeres keine Fachhochschulausbildung umfasste, konnte das Rekrutierungsziel seit 1969 zu 70 Prozent nicht mehr erreicht werden. Dem sollte durch eine profunde akademische Ausbildung der Offiziere entgegengewirkt werden.

Bereits im Dezember 1951, kurz nach seinem Eintritt in die „Dienststelle Blank“, der Vorläuferin des Bundesministeriums der Verteidigung, hatte Wolf Graf Baudissin das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ oder „wehrdienstleistenden Bürgers“ als eines eigenverantwortlichen Soldaten und Offiziers propagiert und damit eine, wie Ralf Dahrendorf es nannte, „neue Sozialfigur“ geschaffen.

Die so zukunftsweisende Idee konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Die Traditionalisten stellten Baudissin als „Schwarmgeist und Traamtänzer“ hin und die bis dahin praktizierte Ausbildung nach herkömmlichem Muster wurde beibehalten. Zusätzliche publizistische Rückendeckung fand diese Entwicklung durch ein 1967 erschienenes Buch mit dem Titel „Rettet die Bundeswehr“, in dem Hans-Georg von Studnitz neben anderer harscher Kritik die seiner Meinung nach mangelnde Beachtung traditioneller Werte in der Bundeswehr beklagte und ihre stärkere Pflege forderte. Nicht nur Vertreter der älteren Generation, auch junge Offiziere stimmten ihm begeistert zu. (16)

Ganz anders sah es der damalige Oberleutnant und spätere Professor für Sicherheitspolitik an der Hochschule der Bundeswehr München, Klaus von Schubert. Er lehnte die von Studnitz'schen Thesen als Restaurationsversuch ab und gehörte damit zur Minderheit. Aus dem Kreis der jüngeren Offiziere schlug ihm „einhellige und erbitterte Ablehnung“ entgegen. Einerseits schockierte ihn das, andererseits fühlte er sich in seiner Wahrnehmung einer deutlichen Tendenz der

„Rückkehr zum militärischen Denken der vergangenen Epoche“ in der Bundeswehr und damit ihrer zunehmenden Entfremdung innerhalb der Gesellschaft bestätigt. Er erkannte, dass nur wenige Offiziere in der Lage waren, die für sie unbefriedigende Lage intellektuell zu verarbeiten und dem vermeintlichen Mangel an Status eine umso größere fachliche Kompetenz entgegenzusetzen. Zudem sei ihre technische Ausbildung unzureichend und in der Menschenführung, die Kernstück der Ausbildung sein sollte, seien sie kaum unterwiesen, weil sich das Fach „Innere Führung“ in den Offizier- und Truppschulen im Fach Wehrrecht erschöpfe. Von Schubert plädierte für eine Offizierausbildung, die neben dem fachlichen Wissen auch Bildung vermittele, damit die Soldaten die „Phänomene und geistigen Bewegungen ihrer Zeit“ besser verstehen lernten. Besonders gravierende Probleme kamen auf die Zeitsoldaten zu, die am Ende ihrer Dienstzeit ins zivile Leben zurückkehrten. Sie hatten angesichts der einseitigen Ausbildung größte Schwierigkeiten, mit den an Universitäten oder anderen Ausbildungsstätten ausgebildeten Gleichaltrigen zu konkurrieren. Es ging also bei

der Entwicklung des neuen Ausbildungskonzepts der Bundeswehr vor allem darum, die zivil nutzbaren Ausbildungsbestandteile innerhalb der Gesamtdienstzeit an den Anfang zu stellen, damit das Lebensrisiko geringer wurde. (17)

*Bildungsreform der 60er Jahre – das Weißbuch '70*

Vor dem Hintergrund des Paradigmenwechsels im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland und unter dem Druck des zunehmenden Defizits an länger dienenden Zeittoffizieren bezog die sozialliberale Koalition die Reform der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr in ihr Gesamtprogramm einer Erneuerung des Bildungs- und Wissenschaftssystems mit ein.

In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 kündigte Bundeskanzler Willy Brandt eine angesichts des Wandels in der Gesellschaft und des Fortschritts der Technik notwendig werdende „umfassende kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr“ an. Soldaten, Wissenschaft und Bundesregierung sollten in einem „Weißbuch“ ihre vorläufigen Ergebnisse und beabsichtigten Ver-

änderungen zusammenfassen und dem Parlament vorlegen. Am 20. Mai 1970 war es fertig. Seine Autoren bestätigten die Notwendigkeit eines differenzierten Bildungs- und Ausbildungssystems, aus dem die Soldaten für ihre militärische Karriere ebenso wie für ihren Werdegang im zivilen Leben größtmöglichen Nutzen ziehen könnten. Auch wurde eine weitgehende Konzentration der Bildungseinrichtungen befürwortet. Empfohlen wurden wegen der dort bereits bestehenden Zentren der weiterführenden Ausbildung der Bundeswehr die Universitätsstädte Hamburg und München. Weiterhin empfahl das Weißbuch die Einsetzung einer „Kommission zur Neuordnung der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr“, kurz „Bildungskommission“ genannt. Sie setzte sich zusammen aus Mitgliedern des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg), der Bundeswehr, des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, vertreten waren auch die Wirtschaft, die Handelskammern, die Gewerkschaften, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die Universitäten, der Hamburger Senat und das Bayerische Staatsministerium

für Unterricht und Kultus. Vorsitzender war der Politologe Thomas Ellwein, der gleichzeitig auch die Leitung des Wissenschaftlichen Instituts für Erziehung und Bildung in den Streitkräften (WInstEBSk) in München übernahm. Ins Sekretariat erbat er sich je einen studierten Offizier aus den drei Teilstreitkräften, unter ihnen Klaus von Schubert, und als Leiter den promovierten Major Genschel. Frühzeitig, um damit nachträglicher und dann zu später Kritik zuvorzukommen und Betroffene zur Artikulierung von Kritik und Verbesserungsvorschlägen anzuregen, veröffentlichte diese Bildungskommission bereits im Dezember 1970 in einem sogenannten „Grünbuch“ ihr Rahmenkonzept. (21–23)

Breite Zustimmung fand das Vorhaben, den Offizieren grundsätzlich eine wissenschaftliche Ausbildung angedeihen zu lassen und ihnen damit auch den Wiedereinstieg in das Zivilleben zu erleichtern. Aber es spiegelte sich in der Presse auch massive Kritik wider – etwa in dem Sinne, dass die Bundeswehrhochschulen zu „linken Kaderschmieden“ werden oder zur völligen „Verzivilisierung“

des Militärs beitragen könnten. Manfred Wörner, zu dem Zeitpunkt MdB/CDU, unter Bundeskanzler Helmut Kohl Verteidigungsminister und dann NATO-Generalsekretär, hielt ein obligatorisches Studium für Zeit- und Berufsoffiziere für nicht sinnvoll und befürchtete, dass die Bundeswehruniversitäten ein „Forum für marxistische Agitation“ oder „Ablaufpunkt für den Marsch durch die Institution Bundeswehr“ würden. Anlass für diese Befürchtungen sah er in Äußerungen und Publikationen aus dem WInstEBSk im Zusammenhang mit der Diskussion um die Curricula für die Studiengänge. (24f.)

„Bundesassistentenkonferenz“, „Bund demokratischer Wissenschaftler“ oder „Arbeitskreis demokratischer Soldaten“ befürchteten eher, dass vom Verteidigungsministerium getragene Hochschulen zwangsläufig zur Militarisierung des Bildungssystems und der Wissenschaft und damit der Gesamtgesellschaft führen könnten.

Thomas Ellwein wehrte sich vehement gegen diese Angriffe, musste aber erkennen, dass er der massiven Unterstützung und Durchsetzungskraft des Ministers bedurfte, um sein Vorhaben

durchsetzen zu können, denn seine größten Gegner befanden sich just in dem Bereich, der reformiert werden sollte – der Bundeswehr.

Entscheidend für die Neuordnung der Ausbildung in der Bundeswehr war die schon im Weißbuch '70 in Erwägung gezogene, jetzt aber in Anlehnung an die Vorgaben des Bildungsgesamtkonzepts der Bundesregierung definitiv festgelegte Gründung von bundeswehreigenen Hochschulen. Nur sie konnten es den Offizieren ermöglichen, bei einer Verpflichtungszeit von zwölf Jahren ein dreijähriges Hochschulstudium zu absolvieren. Nur an eigenen Hochschulen – so argumentierte die Kommission – konnte die Einheit von wissenschaftlicher und militärischer Ausbildung, die gegenseitige Zuordnung von Studiengang und militärischer Verwendung und damit von Studium und Berufserfahrung gewahrt werden. Die Offizierausbildung sollte sowohl den fachlichen als auch den militärischen Anforderungen an den späteren Kompanieführer Rechnung tragen und ihm gleichzeitig die Tür zum späteren Wiedereintritt in das zivile Berufsleben öffnen. Im Kontext der allgemeinen Bildungsreform und der Empfehlungen

von Bildungs- und Wissenschaftsrat wurde eine stärkere Strukturierung von Lernzielen, -inhalten und -methoden im Rahmen eines curricularen Studiums ebenso angestrebt wie die Vermittlung einer breit angelegten Ausbildung – auch in geistes-, sozial- und naturwissenschaftlichen Fächern –, die rationale Problemerkennung, Kooperation und geistige Flexibilität fördert.

Eine organisatorische Besonderheit war bei den Planungen von vornherein zu berücksichtigen und bereitete auch einige Schwierigkeiten: Der Bund, in der juristischen Person des Verteidigungsministeriums als Träger vorgesehen, besitzt grundsätzlich keine Kulturhoheit. Die Hochschulen mussten daher durch die Landeskultusminister anerkannt werden. Voraussetzung hierfür war die volle Vergleichbarkeit der Studieninhalte und -abschlüsse mit denen der zivilen Universitäten. Alle Vorgänge im akademischen Bereich, wie u. a. Präsidenten- und Professorenberufungen, Prüfungsordnungen und Diplomabschlüsse, waren grundsätzlich mit dem Landesministerium auf der Grundlage der von ihm erlassenen Gesetze abzustimmen. (26f.)

### *Realisierbarkeitsuntersuchung*

Nachdem das Weißbuch '70 in und außerhalb der Bundeswehr eingehend diskutiert worden war, wurde auf Weisung des Ministers eine Untersuchung der Realisierbarkeit unter Berücksichtigung der personellen, haushaltstechnischen und infrastrukturellen Möglichkeiten eingeleitet. Zunächst musste geklärt werden, ob die Errichtung eigener Hochschulen der Bundeswehr überhaupt durchführbar war. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), mit der das BMVg in Verhandlungen eintrat, sprach sich für das neue Konzept der Offizierausbildung, aber gegen eigene Bundeswehruniversitäten aus. Sie plädierte für die Ausbildung der Offiziere an den öffentlichen Universitäten und Hochschulen und stellte die feste Zusage von Studienplätzen für Offiziere in Aussicht. Diese Zusage aber konnten die überfüllten Universitäten gar nicht erfüllen. Wie hätte man den zivilen Studenten angesichts der überfüllten Universitäten und der Numerusclausus-Regelung erklären können, dass gerade Offiziere Anspruch auf Studienplatzgarantie hatten? Aber der Beschluss der WRK hatte, anders als bei den öf-

fentlichen Universitäten, keine bindende Wirkung für das BMVg und wurde als „Empfehlung“ zur Kenntnis genommen. Es blieb bei „eigenen“ Hochschulen der Bundeswehr. Ausschlaggebend für die Entscheidung gegen eine Integration der wissenschaftlichen Ausbildung von Offizieren in das allgemeine Hochschulwesen war letztlich die Unvereinbarkeit der für die Bundeswehruniversitäten vorgesehenen Studiengänge mit denen der öffentlichen Universitäten. (30f.)

In der im Februar 1972 Bundesverteidigungsminister Schmidt vorgelegten Realisierbarkeitsuntersuchung plädierten die Autoren, anders als das Weißbuch '70, für eine Offizierausbildung nur an einer einzigen Hochschule – übrigens auch der Vorsitzende der Bildungskommission, Thomas Ellwein. Sie hielten den notwendigen organisatorischen und finanziellen Aufwand für die Errichtung zweier Hochschulen für zu groß. Dass schließlich doch zwei Hochschulen errichtet wurden, geht auf den klaren Entschluss von Helmut Schmidt zurück. Aus der Sicht des Geldgebers hatten sowohl Hamburg als auch München den Vorteil, dass hier bereits Zentren der weiterfüh-

renden Ausbildung der Bundeswehr anässig waren und vorhandene bundeseigene Liegenschaften und Infrastruktur genutzt werden konnten. (32f.)



Abb. 7 BM Helmut Schmidt setzte sich für die Gründung der Bundeswehrhochschulen ein

### *Verhandlungen zwischen Bund und Ländern*

Jetzt begannen die Verhandlungen mit den beiden Sitzländern. Bayern stand der Gründung einer Bundeswehrhochschule grundsätzlich positiv gegenüber, wenngleich die Angst vor dem Verlust der Kulturhoheit und Bedenken vor der zu starken Dominanz des Bundes auf bayerischer Seite immer mitschwangen. In dem entscheidenden Gespräch Anfang März

1972 in der Bayerischen Staatskanzlei stellte Bundesminister Schmidt klar, dass sich das Studium an den Bundeswehrhochschulen vollkommen nach dem Hochschulrahmengesetz (HRG) und nach den Landesgesetzen richten werde. Dass das HRG während der gesamten Verhandlungen und auch in den ersten zwei Jahren des Betriebs der Hochschulen nur im Entwurf vorlag, war zu dem Zeitpunkt wohl noch nicht erkennbar. Das Gesetz trat erst am 30.1.1976 in Kraft. Somit konnten weder das Bayerische Hochschulgesetz noch das Bayerische Hochschullehrergesetz fertiggestellt werden. Und das Bundesbesoldungsgesetz hätte auch angepasst werden müssen. Um zu verhindern, dass der Bund in die Endfassung des HRG noch nachträglich Regelungen einfügen könnte, die den bayerischen Absichten zuwiderliefen, stellte Bayern seine Verhandlungen unter „Vorbehalt“, was das Verhältnis zwischen Bund und Land stark trübte. Ein zentraler Punkt für Bayern war beispielsweise die Durchsetzung der Mehrheit der Professoren in den Hochschulgremien. Der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Hans Maier, erklärte seine im Grundsatz positive Haltung zu dem

Vorhaben, allerdings müsse das Kabinett noch über Rechtsform der Hochschule, Art und Anzahl der Fachbereiche, Curricula, Studiendauer, Vergleichbarkeit der Prüfungen und Anerkennung der Diplome beraten. In letzterer Frage müsse man auch mit Einwänden der WRK rechnen. (40–42)

Als Helmut Schmidt am 10.7.1972 ins Bundesfinanzministerium wechselte, folgte ihm Georg Leber als Bundesverteidigungsminister. Er hatte den schwierigeren Part vor sich, denn die Verhandlungen zur Gründung der Hochschule der Bundeswehr München zogen sich hin und gerieten im September 1972 erneut ins Stocken. Zum 1.10.1972 sollte sowohl in Hamburg als auch in München ein Gründungsausschuss seine Arbeit aufnehmen, der mit Ausschreibungen, Auswahl und Berufungsvorschlägen, Hochschulsatzungen sowie Studien- und Prüfungsordnungen befasst war. Als Gründungspräsidenten für beide Universitäten hatte das BMVg schon frühzeitig Thomas Ellwein vorgesehen – eine Entscheidung, die zunächst auch vom Freistaat Bayern akzeptiert worden war. Das änderte sich schlagartig, als am 28.9. die bayerische Staatskanzlei in Bonn

mitteilte, es lägen gravierende Einwände gegen Ellweins Berufung vor. Stein des Anstoßes war Ellweins Schrift „Klerikalismus in der deutschen Politik“, erschienen 1955, in der er sich kritisch mit der seiner Meinung nach zu engen Verbindung von Kirche und Staat in Bayern auseinandersetzte. Vor allem die Staatskanzlei, weniger Kultusminister Maier, hielt es für nicht angängig, daß Ellwein unter diesen Voraussetzungen Gründungspräsident der Hochschule werden sollte. Ohnehin lehnte das Kultusministerium die Bezeichnung „Präsident“ ab, weil es darin die Gefahr einer Präjudizierung bei der Auswahl eines künftigen Hochschulpräsidenten sah. Und noch in zwei weiteren Punkten scherte Bayern aus: das Land wollte einen eigenen Gründungsausschuss haben und ihn nicht mit Hamburg teilen, wie das ursprünglich vorgesehen gewesen war. Zum anderen hatte die Staatskanzlei Einwände gegen die von Ellwein vorgelegte Liste der Mitglieder des Ausschusses. Dieses und andere Probleme führten dazu, dass während in Hamburg der Gründungsausschuss ab dem 3.10.1972 arbeitsbereit war, (53) man im BMVg darüber nachdachte, einen anderen Standort für die zweite

Bundeswehrhochschule zu suchen. Es zeigte sich aber bald, dass es im Rahmen der vorgesehenen Kostenplanung und der vorhandenen Infrastruktur keine Alternative zu München gab. Vor allem hätten sich schwerwiegende Auswirkungen für die bereits ab 1.7.1972 eingestellten Offizierbewerber ergeben. (48–51) Bis zum schließlich erfolgten Anerkennungsbescheid Bayerns im August 1973 war es allerdings ein dorniger Weg.

*Die Hochschule nimmt pünktlich ihre Arbeit auf*

Da der Münchener Gründungsausschuss wegen der ständigen Misshelligkeiten seine Arbeit erst im Februar 1973 aufnehmen konnte, stand er unter einem ungeheuren Termindruck. Erst am 11.1.73 stimmte Bayern endlich der Wahl Thomas Ellweins zum Vorsitzenden zu. Nicht dagegen konnte die Frage der paritätischen Besetzung der Gremien, das heißt des Senats und der Fachbereiche,



Abb.8 Bau der Mensa

geklärt werden. Noch im Juni 1973, als sich trotz des zähen Ringens auf beiden Seiten zeigte, dass Bayern in der Paritätenfrage in keiner Weise kompromissbereit war und der für den termingerechten Beginn der Arbeit der Hochschule am 1.10.73 unabdingbare bayerische Anerkennungsbescheid ausblieb, wurde auf Weisung des Verteidigungsministers kurzfristig erneut die Alternative „nur eine Hochschule der Bundeswehr in Hamburg“ geprüft. Die Haltung Bayerns in dieser Frage spiegelte den Dissens zwischen Bund und Land über das HRG wider. Der Bund hatte kaum Verhandlungsspielraum, weil eine stärkere Beteiligung der Assistenten und Studenten an der universitären Selbstverwaltung eines der zentralen Ziele der Sozialliberalen Koalition im Rahmen der „Demokratisierung der Hochschulen“ war. (55f.)

Zu den zahlreichen Aufgaben des Ausschusses gehörte es, in kürzester Zeit einen Lehrkörper zu rekrutieren, damit die Lehre am 1.10.73 aufgenommen werden konnte. Aber nicht nur der zeitliche Druck erschwerte die Arbeit, es machte sich ein Mangel an Professoren bemerkbar, der aus dem bundesweit vorangetriebenen Hochschulausbau gemäß Hoch-

schulentwicklungsplan resultierte. Für die Besoldung der „Bundesprofessoren“ gab es noch kein tragfähiges Konzept und die neue Besoldungsordnung C existierte nur im Entwurf. Nicht zuletzt wurde der Ausschuss auch mit der Frage der Leitung der Bundeswehrhochschule befasst. (70) Bis zur Ernennung des ersten vom Senat vorgeschlagenen Präsidenten leitete Oberst i.G. Gerhard Wachter als „Beauftragter“ des BMVg vom 15.8.73–30.6.74 vorläufig die Hochschule. Am 1.7.74 wurde der Professor für Maschinenbau und Brauwirtschaft und ehemalige Rektor der Technischen Hochschule München, Horst Engerth, erster Präsident der Hochschule der Bundeswehr München (bis 30.6.82).

### *Integration der Fachhochschulen der Luftwaffe und des Heeres*

Neben diesen grundsätzlichen Gründungsfragen musste – eine Sondersituation in München – die Integration der Fachhochschulen (FH) der Luftwaffe und des Heeres in die Hochschule bewerkstelligt werden. Die Tatsache, dass in München die Offizierschule der Luftwaffe sowie die Fachhochschulen der



Abb. 9 Bundesverteidigungsminister Georg Leber (links) übergibt den Schlüssel für die Neubauten an Präsident von Engerth

Luftwaffe mit den drei anwendungsbezogenen Studiengängen „Maschinenbau“, „Elektrotechnik“ und „Betriebswirtschaft“ und des Heeres mit „Allgemeine Wissenschaften“ und „Bauingenieurwesen“ ansässig waren und sich ihre Angliederung anbot, muss als Glücksfall bezeichnet werden. Zum einen konnten wegen des Vorhandenseins ihrer Infrastruktur wie Hörsäle, Seminarräume und Laboranlagen der Termin der Aufnahme des Lehrbetriebs am 1.10.73 leichter eingehalten und erhebliche Mittel für Baumaßnahmen eingespart wer-

den. Zum anderen war München hinsichtlich des Bewerberpotentials gegenüber der Hamburger Schwester durch die Möglichkeit im Vorteil, auch praxisbezogene FH-Studiengänge anbieten zu können. Vor allem aber sollten, im Sinne der im künftigen HRG vorgesehenen „integrierten Gesamthochschule“, durch Zusammenführung mit dem wissenschaftlichen Hochschul-Studiengang (Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Luft- und Raumfahrttechnik, Wirtschafts- und Organisationswissenschaften, Pädagogik, Informatik) in Anlehnung an die

Hochschulreform integrale, aufeinander bezogene Studiengänge mit Überwechselmöglichkeiten für die Studenten und Lehrverpflichtungen für die Professoren in beiden Bereichen geschaffen werden. Letztlich wurde der Weg der durchlässigen Bildungsgänge jedoch nicht beschränkt. (90)

*Gründung des Fachbereichs  
Sozialwissenschaften 1978*

Um eine Besonderheit des Studienkonzepts der Hochschulen der Bundeswehr, die von Anfang an in die Planungen des Studienkonzepts einbezogen wurde, handelt es sich bei dem zusätzlich zum Fachstudium gedachten Anleitstudium, das dem speziellen Bedürfnis der Offizierstudenten nach Berufs- und Gesellschaftsbezug der akademischen Ausbildung entgegenkommen, indem es das Verständnis für komplexere Zusammenhänge schärfen und die Reflexionsfähigkeit in Bezug auf das eigene politische Handeln stärken sollte. Der Anspruch an dieses Anleitstudium ging damit weit über das herkömmliche Studium generale hinaus.

Anders als in Hamburg, wo ein „Zentrum für Erziehungs- und Gesellschafts-

wissenschaftliche Anteile des Studiums“ für Ausrichtung und Organisation des EGA-Studiums zuständig ist, wurde in München hierfür eigens ein Fachbereich „Sozialwissenschaften (SOWI)“ gegründet. Die Umstände seiner Gründung sind von einer Vielzahl unterschiedlichster Probleme, vor allem struktureller Art, geprägt und können hier nicht im Einzelnen behandelt werden.

Im Fachhochschulbereich leitete sich die Notwendigkeit eines solchen Anleitstudiums aus dem Bayerischen Fachhochschulgesetz vom 27.10.70 ab, das es als Aufgabe der FHS ansah, die Entwicklung „der Fähigkeit zum kritischen Denken und zur Übernahme von Verantwortung in Gesellschaft und Politik“ zu fördern. Bereits 1974 legte der Fachbereich Allgemeine Wissenschaften ein konkretes Lehrangebot vor. Es wurde im Wesentlichen von den Professoren der ehemaligen FH des Heeres durchgeführt. Bald schon kam es innerhalb des FH-Bereichs zu massiver Kritik an den Inhalten und an den ungeklärten Zuständigkeiten. (117f.)

Im Juli 1974 hatte sich der Arbeitsbereich Sozialwissenschaften (ABS) konstituiert, der das Lehrangebot für das EGA-

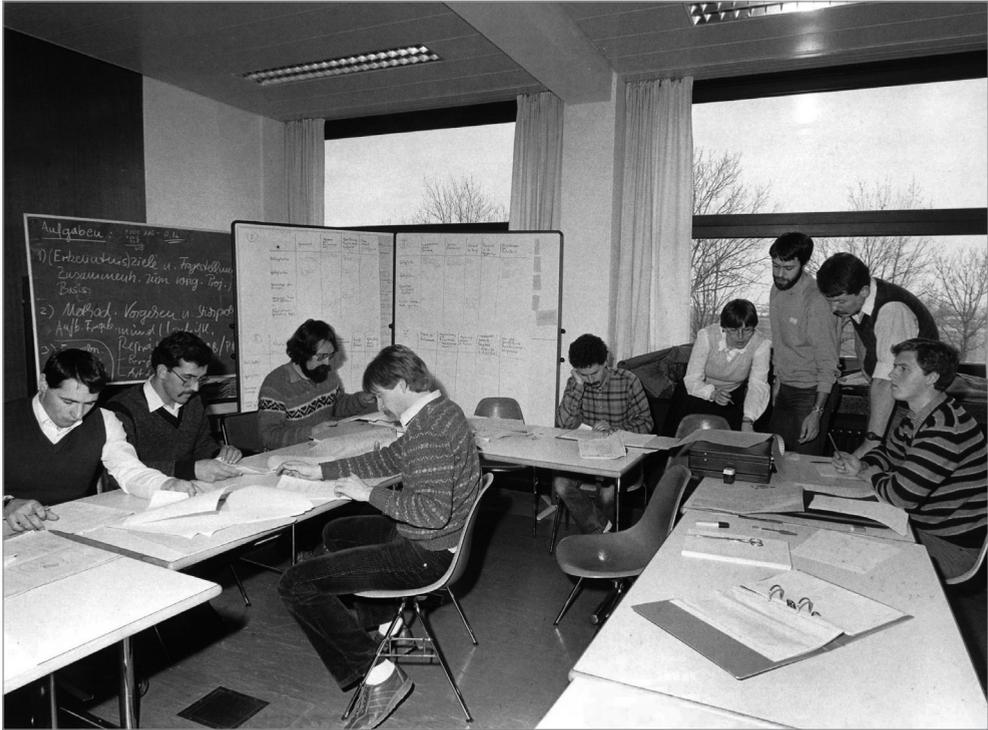


Abb. 10 Lehre in den Anfangsjahren

Studium sicherstellen und die entsprechende Forschung „koordinieren“ sollte. Mit dem ABS war ein den Fachbereichen strukturell sehr ähnliches Gebilde entstanden, das aber keine Kompetenzen hatte. Vor allem krankte er von vornherein daran, dass die für die Organisation des EGA-Studiums erforderliche personelle und räumliche Ausstattung in keiner Weise ausreichend war und die Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter, die die Arbeit neben ihren Lehrverpflichtungen in den Fachbereichen Wirtschafts- und Organisations-

wissenschaften (WOW) und Pädagogik machten, völlig überlastet und angesichts des unsicheren Status des Gremiums demotiviert waren. (124f.) Ende 1976 kam ein Rettungsanker in letzter Minute. Der Parlamentarische Staatssekretär im BMVg, Andreas von Bülow, sagte die Rücknahme der Stellenkürzungen in den Bundeswehrhochschulen und eine bessere Ausstattung des Anleitstudiums zu. Die Professoren Klaus von Schubert und sein technisches Gegenüber Peter Zimmermann erarbeiteten ein Konzept für den Fachbereich Sozialwissenschaften

und am 14.6.1978 konnte er eingeweiht werden. Damit war ein wichtiger Baustein des Konzepts des Studiums an den Bundeswehrhochschulen gesetzt worden. (131–137)

Im Hinblick auf die Hochschulreform kann mit Fug und Recht von einer gewissen Vorreiterrolle der Hochschulen der Bundeswehr geredet werden – auch wenn die reformerischen Ziele nicht oder nur in geringem Maße von den zivilen Universitäten rezipiert wurden. Die Realisierung des „Projekts Hochschulen der Bundeswehr“ mit der zusätzlichen Besonderheit, dass es sich um Hochschulen des Bundes unter der akademischen Fachaufsicht der Länder handelt, konnte allerdings auch nur im Zuge eines teilweise schmerzlichen Prozesses erreicht werden. Im Falle Münchens erfolgte die Anerkennung des Studienkonzepts erst am Ende harter Auseinandersetzungen zwischen Bund und Land, die in erster Linie durch die distanzierte Haltung Bayerns gegenüber dem nur im Entwurf vorliegenden Hochschulrahmengesetz mit den vermeintlich seine Kulturhoheit bedrohenden Elementen gekennzeichnet waren.

*Die Zahlen im Text verweisen auf die Fundstellen in meinem Buch „Vorreiter für die Hochschulreform? Planung, Gründung und Entwicklung der Universität der Bundeswehr München, Baden-Baden 1995“. Hier sind auch die von mir seinerzeit eingesehenen Quellen und Literatur verzeichnet.*

*Christiane Reuter-Boysen, geboren in Hamburg, Studium der Neueren und Mittleren Geschichte, Kunstgeschichte und Französischen Philologie an der LMU München; 1985 Promotion zum Dr.phil.; 1986–1989 Mitarbeit am Projekt „Geschichte der Großforschungseinrichtungen in der BRD“ am Institut für Neuere und Neueste Geschichte. „Von der Strahlen- zur Umweltforschung. Geschichte der GSF 1957–1972, Frankfurt a.M./New York 1992; 1/1990–1996 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Präsidenten der UniBw M; „Vorreiter für die Hochschulreform? Planung, Gründung und Entwicklung der Universität der Bundeswehr München“, Baden-Baden 1995. 1996–2005 Mitarbeit bei der Herausgabe von „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 11, 1989–1994 Bundesrepublik Deutsch-*

land. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung“, Hrsg. Gerhard A. Ritter. 2000–2010 Lehrbeauftragte für Geschichte der

Bundesrepublik und der DDR, EGA, an der UniBw M.



Abb. 11 Christiane Reuter-Boysen



Universität der Bundeswehr München

# Fakultät für Informatik

## Die Fakultät für Informatik

<b>Name</b>	Fakultät für Informatik (INF)	
<b>Dekan</b>	Univ.-Prof. Dr. Oliver Rose	
<b>Prodekan</b>	Univ.-Prof. Dr. Mark Minas	
<b>Studiendekan</b>	Univ.-Prof. Dr. Peter Hertling	
<b>Gründung</b>	1973	
<b>Professorinnen und Professoren</b>	26 (23 Univ.-Prof., 2 apl. Prof., 1 JunProf.) und 8 Privatdozenten	
<b>Studiengänge</b>	1.10.1973:	Diplom-Informatik (bis 31.12.2010)
	1.10.2000:	Diplom-Wirtschaftsinformatik (bis 31.12.2010)
	1.10.2007:	Informatik B.Sc.
	1.10.2007:	Wirtschaftsinformatik B.Sc.*
	1.10.2007:	Mathematical Engineering B.Sc.**
	1.1.2010:	Informatik M.Sc.
	1.1.2010:	Wirtschaftsinformatik M.Sc.* (bis 31.12.2012)
	1.1.2010:	Mathematical Engineering M.Sc.**
	1.1.2013:	Technologiemanagement und Wirtschaftsinformatik M.Sc. (bis 31.12.2015)
	1.1.2016:	Wirtschaftsinformatik M.Sc.*
	1.1.2018:	Cyber Sicherheit M.Sc.
	1.1.2019:	Intelligence and Security Studies M.Sc./M.A.***
	1.10.2020:	Verwaltungsinformatik B.Sc. (über casc)
	1.4.2023:	Verwaltungsinformatik M.Sc. (über casc)
<b>URL</b>	<a href="http://www.unibw.de/inf">www.unibw.de/inf</a>	

\* gemeinsam mit der Fakultät WOW

\*\* gemeinsam mit den Fakultäten BAU, EIT, LRT

\*\*\* gemeinsam mit der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

### *Schlaglichter aus Forschung und Lehre*

1973	Die ersten 27 Studenten nehmen an der Hochschule der Bundeswehr das Studium der Informatik auf. Immerhin ganze sieben von ihnen schließen gut drei Jahre später das Studium erfolgreich mit dem Diplom ab.
2000	Als erste der drei Münchner Universitäten führt die Universität der Bundeswehr München den Studiengang „Wirtschaftsinformatik“ ein.
2005	Start des Programms zur Frühförderung von Hochbegabten für 14- bis 18jährige Schülerinnen und Schüler, die nach einem Auswahlverfahren Vorlesungen besuchen dürfen und einen Mentor bzw. Paten zur Seite gestellt bekommen. Daneben gibt es eine Vielzahl von zusätzlichen Beratungsangeboten für die Hochbegabten.
2013	Gründung des Forschungszentrums CODE (heute Forschungsinstitut CODE). Hier vernetzen sich Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Militär und Industrie, um im Bereich Cyber Security interdisziplinär zu forschen. Unser Ziel ist es, Deutschland ein Stück sicherer zu machen.

### *Persönlichkeiten der Fakultät*

Die Fakultät für Informatik holte sich in ihrer Gründungsphase nicht irgendeinen Unterstützer, sondern den führenden Kopf der deutschen Informatik: Prof. **Friedrich L. Bauer** (FL Bauer) saß im Gründungsausschuss für die Einheit Informatik der Hochschule der Bundeswehr und beeinflusste die ersten Berufungen. Wie wichtig diese fachlich so versierte Starthilfe war – und wie groß unsere Dankbarkeit –, zeigt die ihm 1998 verliehene Ehrendoktorwürde der Fakultät Informatik der Universität der Bundeswehr München. FL Bauer ist der bisher einzige Träger dieses Titels.



Abb. 56 Friedrich L. Bauer (1924–2015)

**Edwin Eichler** studierte Anfang der 80er-Jahre Informatik an der Universität der Bundeswehr München und bekleidete nach seiner Offizierlaufbahn seit 1990 diverse Posten in Geschäftsführungen, Vorständen und Aufsichtsräten deutscher Großunternehmen, u. a. bei Bertelsmann und Thyssenkrupp.

Vizeadmiral Dr. **Thomas Daum** studierte 1982 bis 1985 Informatik an der Universität der Bundeswehr München und wurde dort 1995 promoviert. Nach diversen hochrangigen Verwendungen in BMVg und NATO wurde er im September 2020 zum Inspekteur des Organisationsbereiches Cyber- und Informationsraum ernannt.

Prof. Dr.-Ing. habil. Dr. h. c. mult. **Ulrich L. Rohde** wurde 2017 zum Honorarprofessor der Fakultät für Informatik für das Fachgebiet „Cyber Security in Microwave“ bestellt. Bereits seit 2008 ist er Ehrenszenator der Universität der Bundeswehr München.



Abb. 57 Ulrich L. Rohde

Dr. rer. nat. **Udo Helmbrecht** war Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik und Direktor der EU-IT-Sicherheits-Agentur European Network and Information Security Agency. Seit 2010 ist er Honorarprofessor an der Fakultät für Informatik für das Fachgebiet „Sicherheit in der Informationstechnik“.

Dr. iur. **Manfred Mayer** ist seit 2006 Honorarprofessor der Fakultät für Informatik für das Fachgebiet „Rechtsfragen der Informatik“.

## *Information Technology – gestern und heute*

**datArena** Mit der datArena existiert auf dem Campus der Universität der Bundeswehr München ein neuartiges Lehr-, Forschungs- und Ausstellungszentrum, das zwischen Technik-, Kultur- und Sozialgeschichte vermittelt und zugleich Wissenschaftlern, Studierenden und der Öffentlichkeit ein Forum für Begegnung bietet. Die datArena beheimatet neben wertvollen, technikgeschichtlich repräsentativen elektronischen Rechnern ein Software-Archiv von internationalem Rang sowie eine der größten Sammlungen von historischen digitalen Datenträgern.



Abb. 58 Prof. Uwe M. Borghoff, Gründer der datArena, mit einem der Ausstellungsstücke: eine von sieben Magnetscheiben einer Control Data-Festplatte (ab 1962)

**Cyber Range** Die Cyber Range ICE&T (IT Competence Education & Training) ist das zentrale Labor am Forschungsinstitut CODE für rea-

litätsnahe Trainings im Bereich Cybersicherheit und für Teststellungen neuer Cybersicherheitsprodukte.

Die Cyber Range ICE&T bietet eine Umgebung zum Erlernen und Üben von Cyber Network Operation Fähigkeiten, repräsentiert Real-World Szenarien, bildet schadhafte Aktivität in Isolation ab und unterstützt die Durchführung von Experimenten und Tests von Cybersicherheitsprodukten.

*Das Leitungspersonal in 50 Jahren*

*Die Präsidentinnen und Präsidenten der Universität der Bundeswehr München*

**O i. G. Dr. Gerhard Wachter**

vorläufiger Leiter der Hochschule der Bundeswehr München:  
15.8.1973–30.6.1974

**Prof. Dr. Rudolf Avenhaus**

betraut mit der Wahrnehmung der Geschäfte: 19.3.1993–31.3.1994

**Prof. Dr. Horst Engerth**

1.7.1974–30.6.1982

**Dr. Hans Georg Löfl**

1.4.1994–31.10.2005

**Prof. Dr. Rudolf Wienecke**

1.7.1982–30.6.1987

**Prof. Dr. Merith Niehuss**

1.11.2005–31.12.2022

**Prof. Dr. Jürgen Frhr. v. Kruedener**

1.7.1987–18.3.1993

**Prof. Dr. Eva-Maria Kern**

seit 1.1.2023

*Die Kanzler der Universität der Bundeswehr München*

**Dr. Gerhard Selmayr**

1.7.1973–30.11.1978

**Thomas Weidner**

kommissarisch: 1.10.2009–  
31.12.2009

**Albrecht Anders**

1.12.1978–31.1.1994

**Siegfried Rapp**

seit 1.1.2010

**Hans Lerch**

1.10.1994–30.9.2009

*Die Leiter Studierendenbereich der Universität der Bundeswehr München*

**OTL Eberhard Schmidt**

15.9.1973–31.10.1974

**O Frank Debusson**

1.7.2003–21.9.2005

**O Edgar Münx**

1.11.1974–30.4.1977

**O Jörg Lohmann**

1.10.2005–31.8.2008

**O Hubert Ibl**

1.12.1977–30.11.1979

**O Thomas Freitag**

22.9.2008–14.2.2014

**O Ernst Hueber**

1.12.1979–30.9.1986

**O Detlev-Konrad Adelmann**

9.4.2014–29.3.2019

**O Karl-Heinz Steffek**

1.10.1986–30.9.1992

**O Gregor Schlemmer**

1.4.2019–30.9.2020

**O Dr. Dieter Budde**

1.10.1992–31.1.1995

**O Matthias Henkelmann**

seit 1.10.2020

**O Dr. Rolf Zimmermann**

1.2.1995–31.7.1998

**O Dr. Wolfgang Harms**

1.8.1998–25.10.2000

**O Dr. Karl-Heinz Rambke**

26.10.2000–30.6.2003

*Die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Universität der Bundeswehr München*

*Einrichtung eines Vizepräsidentenamts für den universitären Bereich und eines Vizepräsidentenamts für den Fachhochschulbereich.*

1974

**Prof. Dr. Ernst-Günther Prokop**  
**O Leopold Beck**

1985/1986

**Prof. Dr.-Ing. Johannes Wiesinger**  
**Prof. Dr. Helmut Schorr**

1975/1976

**Prof. Dr. Gerhard Flachenecker**  
**O Leopold Beck**

1987/1988

**Prof. Dr. Wolfgang Niegel**  
**Prof. Dr. Lothar Größl**

1977/1978

**Prof. Dr.-Ing. Alfred Schmuck**  
**Prof. Dr. Alfred Kraut**

1989/1990

**Prof. Dr.-Ing. Christian Petersen**  
**Prof. Dr.-Ing. Gerhard Fauner**

1979/1980

**Prof. Dr.-Ing. Alfred Zimmermann**  
**Prof. Dr. Alfred Kraut**

1991/1992

**Prof. Dr. Alfred Hoffmann**  
**Prof. Peter Pauli**

1981/1982

**Prof. Dr.-Ing. Heinz Bausch**  
**Prof. Dr. Kurt Knobling**

1993/1994

**Prof. Dr. Rudolf Avenhaus**  
**Prof. Theodor-Wolfgang Weisser**

1983/1984

**Prof. Dr. Claus Berg**  
**Prof. Dr.-Ing. Lothar Weichert**

1995/1996

**Prof. Dr.-Ing. Hans-Rolf Tränkler**  
**Prof. Gerhard Stiehler**

1997/1998

**Prof. Dr.-Ing. Diethard Könke**  
**Prof. Dr. Heidrun Friedel-Howe**

1999/2000

**Prof. Dr.-Ing. Ernst Dickmanns**  
**(bis 02/2000)**  
**Prof. Dr. Merith Niehuss (ab**  
**03/2000)**  
**Prof. Hartmut Lorenz**

*Ab 2001 dreijährige Vizepräsidentschaft*

2001–2003

**Prof. Dr. Merith Niehuss**  
**Prof. Ernst-Michael Hackbarth**

2004–2006

**Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebekken**  
**(bis 06/2004)**  
**Prof. Dr. Uwe Borghoff (ab**  
**07/2004)**  
**Prof. Dr. Thomas Wüstrich**

*Ab 08/2008 Einrichtung eines zweiten Vizepräsidentenamts für den universitären Bereich*

2007–2009

**Prof. Dr. Uwe Borghoff**  
**Prof. Dr. Friedrich Sell (ab**  
**08/2008 bis 01/2010)**  
**Prof. Dr.-Ing. Jörg Böttcher**

2013–2015

**Prof. Dr. Uwe Borghoff**  
**Prof. Dr. Berthold Färber**  
**Prof. Dr.-Ing. Matthias Heinitz**

2010–2012

**Prof. Dr. Uwe Borghoff**  
**Prof. Dr. Michael Eßig (ab**  
**02/2010)**  
**Prof. Dr.-Ing. Matthias Heinitz**

2016–2018

**Prof. Dr. Uwe Borghoff**  
**Prof. Dr.-Ing. Karl-Christian**  
**Thienel**  
**Prof. Dr.-Ing. Matthias Heinitz**

*Ab 2019 Einrichtung eines vierten Vizepräsidentenamts für den universitären Bereich*

2019–2021

**Prof. Dr. Uwe Borghoff**

**Prof. Dr. Eva-Maria Kern**

**Prof. Dr.-Ing. Karl-Christian**

**Thienel**

**Prof. Dr. Rafaela Kraus**

2022–2024

**Prof. Dr. Uwe Borghoff**

**Prof. Dr. Eva-Maria Kern (bis  
12/2022)**

**Prof. Dr. Karl-Heinz Renner**

**Prof. Dr.-Ing. Geralt Siebert (ab  
01/2023)**

**Prof. Dr. Rafaela Kraus**

*Wie hat sich die Universität entwickelt? Statistisches*

*Die Studierenden*

Studienanfänger im Jahr 1973 (nach Studiengängen)	
Bauingenieurwesen (univ.)	28
Vermessungswesen (univ.)	7
Elektrotechnik (univ.)	47
Informatik (univ.)	27
Luft- und Raumfahrttechnik (univ.)	76
Pädagogik (univ.)	70
Wirtschafts- und Organisationswissenschaften (univ.)	62
Betriebswirtschaft	16
Elektrotechnik	81
Maschinenbau	69

Entwicklung der Studierendenzahlen					
Jahr	Studierende gesamt	davon weiblich	grundständig		weiter- bildend
			mil.	ziv.	
1973	483	0	483		
1983	2709	0	2709		
1993	2923	0	2923		
2003	2894	84	2893	1	
2013	2975	375	2504	224	247
2023	3714	698	3061	366	287

### *Das Personal*

	Gesamt	M	W
Anzahl Beschäftigte gesamt, gegliedert in m und w (ohne SHK)	1835	1164	671
Anzahl Professorinnen und Professoren	202	164	38
Anzahl Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des akademischen Bereiches*	876	623	253
Anzahl Wissenschaftliche Hilfskräfte	72	51	21
Anzahl nichtwissenschaftliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (inkl. Beamtinnen und Beamte)	685	326	359
Stichtag: 1.12.2022, ohne mil. Bereich			

\* ohne Lehrerschaft des Sprach- und Sportzentrums

### *Die Liegenschaft*

140	Hektar Gesamtfläche
3495	Unterkünfte*
470	Labore*
126	Gebäude*
11	Sportanlagen
4,3	Kilometer Teststrecke**

\* Innerhalb und außerhalb des Campusgeländes ,

\*\* BayernAtlas: 10/2022

### *Das Rechenzentrum*

1,8PT	Speicherplatz in verschiedenen Geschwindigkeitsklassen (SSDs und S3)
6.500	verwaltete Nutzerkennungen
550	administrierte Switche
770	WLAN Access Points
70	Server, die allein die Windows-Gruppe betreut
1.501.510	gedruckte Seiten auf 36 Multifunktionsdruckern innerhalb eines Jahres*

\* 1.7.22–1.7.23

*Die Universitätsbibliothek*

1.106.255	gedruckte Bücher auf 35 km Regalstellfläche
429.585	elektronische Medien
42.788	Entleihungen physischer Einheiten*
382.756	Zugriffe auf elektronische Dokumente*
1.585	Teilnehmende an Benutzerschulungen*
470	Campuslieferdienst-Bestellungen*
21.371	auf AtheneForschung verzeichnete Universitätspublikationen (ohne Patente)

\* im Jahr 2022